



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Antisemitismus wie er ist : 2. Die einzelnen Richtungen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Antisemitismus wie er ist

2. Die einzelnen Richtungen



Über die Judenfrage haben die Grenzboten schon mehrere Aufsätze gebracht, die zusammen den Gegenstand so ziemlich erschöpfen; daher brauche ich nicht nochmals auf sie einzugehen. Dagegen dürfte es zur Vervollständigung des bisher gegebenen Durchschnittsbildes zweckmäßig sein, den Einzelrichtungen, in denen die Bewegung Form gewonnen hat, noch eine kurze Betrachtung zu widmen.

Die älteste antisemitische Organisation ist Stöckers christlich-soziale Partei, die allerdings von vornherein wohl nie als ein selbständiges Gebilde, sondern nur als Hilfstruppe der Konservativen gedacht worden ist und in dieser Form auch jetzt noch besteht. Stöcker wandte sich anfangs ausschließlich an die Arbeiterkreise, um sie der Sozialdemokratie abwendig zu machen. Das ist ihm nur in geringem Maße gelungen, und heute besteht sein Anhang in der Hauptsache aus Angehörigen des Mittelstandes, die in allen wesentlichen wirtschaftlichen Fragen mit den übrigen Antisemiten einig sind. Das Trennende liegt nur darin, daß die Christlich-Sozialen neben den wirtschaftlichen auch noch kirchliche Ziele verfolgen, und daß sie sich bei der konservativen Partei festhalten lassen. Nennenswerte Fortschritte scheint diese Richtung in den letzten Jahren nicht gemacht zu haben, ihre Stärke liegt in der Persönlichkeit ihres Führers, mit ihm steht und fällt sie.

Kaum hatte Stöcker den Antisemitismus ins öffentliche Leben eingeführt, so begannen auch die Versuche, die neue Bewegung von der geistlichen Leitung unabhängig zu machen. So tagte z. B. am 17. Dezember 1880 in Berlin eine zahlreich besuchte Versammlung, die erklärte, daß „der drohenden Haltlosigkeit unsrer Zeit durch Gründung einer freisinnigen, von Juden freien Partei vorzubeugen“ sei. Aber diese Bestrebungen blieben lange erfolglos, weil es an Führern fehlte, die die nötige Autorität auszuüben verstanden, und als sich diese endlich fanden, da waren es ihrer wieder zu viele, und statt einer antisemitischen Partei bildeten sich im Jahre 1889 gleich zwei, die „deutsch-soziale“ und die „antisemitische Volkspartei,“ die jetzt den Namen „deutsche Reformpartei“ angenommen hat. Wesentliche Programmunterschiede

sind zwischen ihnen nicht vorhanden; ja sie schieden sich erst, nachdem man sich auf dem Parteitage zu Bochum über ein gemeinsames Programm verständigt hatte. Das Trennende war im Grunde nur das taktische Verhalten der beiden Gruppen.

Die „Deutsch-Sozialen“ meinten ihr Ziel am schnellsten erreichen zu können, wenn sie sich an die alten Parteien, insbesondere an die Konservativen, anlehnten, sie bei den Wahlen unterstützten und ihnen dafür das antisemitische Programm ganz oder teilweise aufnötigten. Eigne Kandidaten wollten sie in der Regel nur dort aufstellen, wo die Konservativen keine Aussicht hätten, durchzudringen, oder der konservative Kandidat sich ablehnend gegen ihre Forderungen verhielte. Sie verzichteten damit auf eine starke Vertretung im Reichstage, glaubten aber durch ihre Rührigkeit und durch das gute Recht ihrer Sache dennoch einen bestimmenden Einfluß gewinnen zu können.

Die „Reformer“ trauen den Konservativen und den alten Parteien überhaupt weder den Willen noch die Fähigkeit zu, ehrliche Mittelstandspolitik zu treiben. Darum bekämpfen sie alle alten Parteien und nehmen die Mandate, wo sie sie finden. Insbesondere wenden sie gegen die deutsch-soziale Taktik ein, daß eine Partei, die es sich zur Aufgabe mache, für die Konservativen die Raftanien aus dem Feuer zu holen, überhaupt keine selbständige Rolle spiele, daß die Lehre von dem mittelbaren Einfluß auf die Gesetzgebung für die Wähler viel zu spitzfindig, wenn nicht völlig unverständlich sei, und daß bei solchem Vorgehen der Antisemitismus nicht darauf rechnen könne, jene breiten Volksmassen zu gewinnen, die nun einmal aus guten Gründen nicht konservativ sein wollten.

Das sind die leitenden Gesichtspunkte, die die beiden Gruppen trennen. Es ergeben sich daraus aber noch andre wesentliche Unterschiede. Da die Reformer den Kampf nach rechts und links zu führen haben, so können sie nur dort auf Erfolg hoffen, wo sie den Boden sorgfältig vorbereitet haben, und so sehen wir denn die Reformpartei bis jetzt auf wenige, engbegrenzte Gebiete beschränkt, in denen sie sich aber ziemlich sicher festgesetzt hat. Umgekehrt haben die Deutsch-Sozialen im Vertrauen auf die Unterstützung von konservativer Seite ihre Agitation über das ganze Land ausgedehnt, dafür aber noch keine so festen Organisationen geschaffen wie die Reformer. Ihren Hauptagitator, Liebermann von Sonnenberg, finden wir z. B. allein seit Neujahr als Versammlungsredner in Bromberg, Leipzig, Delitzsch, Berlin, Kyritz, Greiz, Kottbus, Sauer, Reichenbach i. B., Arnstadt, Göttingen, Hameln, Rössen und Jena. Daß die Führer der beiden Richtungen sich bei ihrer Agitation vielfach ins Gehege gekommen sind, ist nur natürlich, daß es dabei mancherlei Reibungen und recht lebhaft Auseinandersetzungen gegeben hat, ist menschlich. Man einigte sich schließlich — es dürfte gegen das Ende des Jahres 1890 gewesen sein — dahin, daß jeder Gruppe bestimmte Agitations-

gebiete zugewiesen wurden, und dieses Abkommen hat auch bis zu den Wahlen des letzten Sommers vorgehalten.

Es ist bekannt, daß bei den letzten Reichstagswahlen die Deutsch-Sozialen nur drei Sitze gewonnen haben. Sie rechnen aber eine größere Anzahl konservativer Abgeordneter (mindestens sieben), die mit ihrer Unterstützung gewählt sind und angeblich durchaus auf dem Boden des antisemitischen Programms stehen, zu den ihrigen. Immerhin hat dieses Ergebnis die Anhänger der Partei sehr wenig befriedigt. Man fängt an zu bezweifeln, ob es geschickt sei, sich an eine stärkere Partei anzulehnen, und es erscheint sehr fraglich, ob die Parteileitung diese Taktik das nächstmal gegen den Willen der Ortsverbände wird aufrecht erhalten können. Vielleicht wird sie es nicht einmal mehr versuchen. Dann stünde aber der von den Parteigenossen oft genug geforderten Vereinigung mit den Reformern kein sachliches Bedenken mehr entgegen.

Besser als der deutsch-sozialen glückte es der Reformpartei: sie brachte elf ihrer Anhänger in den Reichstag, allerdings erst nach schwerem Kampfe, denn nur einer von ihnen siegte gleich in der Hauptwahl. Entsprechend der geschlossenen Kampfweise verteilten sich die eroberten Wahlkreise auf zwei engbegrenzte Gebiete, auf Hessen (Regierungsbezirk Kassel und Großherzogtum) und den östlichen Zipfel des Königreichs Sachsen. Jedes dieser Gebiete will für sich betrachtet sein.

In Hessen hat die von Böckel geleitete Bewegung einen durchaus bäuerlichen Charakter. Sie wird durch den mitteldeutschen Bauernverein zusammengehalten, der in Marburg seinen Sitz hat und in hunderten von Ortsgruppen über das Land verbreitet ist. Er soll 15000 Mitglieder zählen. Der Verein thut viel für seine Mitglieder, unterhält ein stark in Anspruch genommenes Rechtsschutzbüreau, vermittelt Bezüge von Waren und Verkäufe von Getreide, hält „judenreine“ Märkte ab u. s. w. Als Vereinsorgan erscheint zweimal wöchentlich der „Reichsherold,“ und wer die darin veröffentlichten Berichte der Ortsgruppen über ihren Umsatz verfolgt, der kann sich unter anderm auch davon überzeugen, daß diese hessischen Bauern jedenfalls nicht zu denen gehören, die nach Behauptung der freisinnigen Zeitungen noch Getreide zukaufen müssen. Trotz der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Ortsgruppen ist die Organisation des Vereins straff, Böckel hält als Vorsitzender und als Eigentümer des „Reichsherolds“ die Zügel fest in der Hand. Er hatte sich einen Stab geschickter und der Sache ergebener Agitatoren herangebildet und mit diesen jahrelang hart gearbeitet, um die antisemitischen Ideen zu verbreiten. So durfte er denn wohl hoffen, zu den vier Wahlkreisen, die die Antisemiten seit 1890 in Hessen besaßen, noch einige hinzuzuerobern: er stellte in sechzehn Kreisen Kandidaten auf, drang aber nur in fünfzehn durch. Diese Enttäuschung, denn das war es ohne Frage, hat Böckel vermutlich seiner Haltung gegen

die Militärvorlage zuzuschreiben. Er hatte sie anfangs schroff abgelehnt, ganz im Stile der Fortschrittler und Sozialdemokraten: „So darf es nicht mehr weitergehen . . . Die Sache muß ein Ende nehmen . . . Wir lassen uns mit Kosaken und Franzosen nicht mehr bange machen,“ so etwa hatte der Reichsherold geschrieben. Als aber der Reichstag aufgelöst war und die Wahlbewegung begann, da lenkte Böckel ein, er erklärte, daß er die Vorlage annehmen wolle, wenn die Kosten nur nicht dem kleinen Manne, dem Mittelstande, aufgebürdet würden. Er hatte wohl in der scharfen Luft des Wahlkampfes bald genug gespürt, daß die hessischen Wähler die schroffe Ablehnung nicht billigten. Aber er besserte seine Lage dadurch nicht sonderlich, denn nun hatten es die Gegner von links, besonders die Sozialdemokraten, leicht, den Wählern zu sagen: da seht ihr, daß auf die Antisemiten kein Verlaß ist.

Ein Gutes hatte diese Rechtschwengung übrigens doch, nämlich daß sich Böckel wieder in Übereinstimmung mit seinen sächsischen Parteigenossen befand, die sofort die Parole ausgegeben hatten, die Militärvorlage sei annehmbar, aber „vom Volk die Soldaten, von der Börse das Geld.“ Die Reformbewegung im östlichen Sachsen mit dem Hauptquartier Dresden hat sich natürlich nicht in der ausgesprochen agrarischen Richtung entwickelt wie die hessische. Sie vertritt unter der Führung Zimmermanns in maßvoller Weise die Interessen des gesamten Mittelstandes, des Landmanns, des Handwerkers, des Kleinkaufmanns und des Beamten. Man hatte die acht Wahlkreise, in denen die Reformen nach dem schon erwähnten Übereinkommen agitieren durften, mit einem Netz rühriger Reformvereine überzogen, stellte in sieben dieser Kreise Kandidaten auf und brachte sie in sechs durch. Dabei hatten die Reformen bis auf ein kleines Wochenblättchen keine eigne Presse. Bis zur Reichstagsauflösung waren sie zwar von den weitverbreiteten „Dresdner Nachrichten“ unterstützt worden, die schwenkten aber bei Beginn der Wahlbewegung ab, fielen der Reformpartei mit einer eignen Kandidatenliste in den Rücken und gingen schließlich ganz ins konservative Lager über. Es gelang der Partei durch ihre sorgfältig vorbereitete Organisation und peinlich saubere Wahlarbeit diesen schweren Schlag zu parieren. Gleich nach den Wahlen aber wurde die Begründung eines eignen Blattes in Angriff genommen: bis zum 1. Oktober war ein Kapital von 200000 Mark gezeichnet, und seitdem erscheint in Dresden die „Deutsche Wacht,“ das Organ der sächsischen Reformen, als Tagesblatt.

Aus Verdruß darüber, daß sich die antisemitische Bewegung in zwei Parteien gespalten hat, bildeten einige Berliner Antisemiten mit Gesinnungsgenossen aus Hannover, Hamburg, Magdeburg und andern, kleinern norddeutschen Städten im Juni 1892 eine — dritte Gruppe, die „antisemitische Vereinigung für Norddeutschland.“ Ihr anerkanntes Haupt ist Paul Förster, ihre weniger anerkannte Seele Ahlwardt. Wie weit sich der Einfluß dieser Ber-

einigung erstreckt, ist schwer zu erkennen. Nicht einmal in Berlin ist er unbestritten, ein Teil der Hamburger Antisemiten hat sich wieder zurückgezogen, der pommerische Provinzialverband hat sich gegen die Vereinigung und für die deutsch-soziale Partei erklärt und einen — konservativen Reichstagsabgeordneten zum „Ehrenmitgliede“ ernannt. Der einzige antisemitische Abgeordnete aus Pommern aber ist Förster (Neustettin), Vorsitzender der „Vereinigung.“ Hier ist eben alles noch in Gährung begriffen. Inzwischen hat aber auch diese jüngere Gruppe schon ihre Erfolge errungen, sie hat Ahlwardt und Förster in den Reichstag gebracht, der zweite hat sich als Hospitant den Reformern angeschlossen.

Was weiter aus der norddeutschen Vereinigung wird, das wird sehr wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, Ahlwardt im Zaume zu halten. Wir müssen ihm eine eingehendere Betrachtung widmen, nicht seiner persönlichen, sondern seiner symptomatischen Bedeutung wegen. Er hat sich als Sensationschriftsteller eingeführt und betreibt das Enthüllen berufsmäßig, wie viele andre vor ihm. Er hat dafür nicht einmal eine besondere Begabung an den Tag gelegt, denn er hat in seinen Schriften sehr viel Unbewiesenes und Unbeweisbares behauptet und dafür von Rechts wegen auch schon mit neun Monaten Gefängnis gebüßt. Das wäre nun alles nichts so unerhörtes. Neu ist nur, daß es ihm gelungen ist, so lange die Aufmerksamkeit zu fesseln und thatsächlich eine politische Rolle zu spielen. Wenn seine Gegner nicht müde werden, hervorzuheben, daß das ganze Enthüllungsgewerbe kein sehr reinliches sei, daß leichtfertige Beschuldigungen gegen ganze Klassen und einzelne Personen die strengste Beurteilung verdienen, so haben sie Recht, aber wir dürfen nicht übersehen, daß seine Erfolge nur um so rätselhafter werden, je mehr Schwächen wir an seinem öffentlichen Wirken entdecken. Und seine Erfolge sind eben so offenkundig, wie seine Unzulänglichkeiten: während er im Sudenflintenprozeß auf der Anklagebank saß, eroberte er den Wahlkreis Arnswalde-Friedeberg, und nachdem ihn die parlamentarische Untersuchungskommission unter Richters Führung wieder einmal vernichtet hatte, ging er hin und gewann den Wahlkreis Neustettin hinzu. Wo immer er in Volksversammlungen aufgetreten ist, in Stadt und Land, in Ost und West, hat er die Massen mit sich fortgerissen. Mit den landläufigen Redensarten von Krankheit der Zeit, Dummheit der Wähler und Gewissenlosigkeit Ahlwardtscher Demagogie lassen sich diese Dinge nicht abthun. Gewissenlosigkeit! Wenn es nur auf die ankäme, würden wir doch noch eine ganz andre Sorte von Leuten in den Reichstag bekommen. Auswahl genug wäre ja wohl vorhanden.

Man glaube doch nicht, daß sich irgend etwas in das Volk hineinagieren lasse. Ein Volksredner mag noch so aufreizendes Zeug schwätzen, wenn er nicht einen Ton anschlägt, der in den Herzen seiner Zuhörer mitschwingt, so wird er mit seinem Geschwafel erbarmungslos ausgelacht. Ahlwardts Enthüllungen

nun machten deshalb so großen Eindruck, weil sie, ihrer Gesamttendenz nach, nichts enthalten, als was die überwiegende Mehrheit des Volkes, Gebildete und weniger Gebildete, ohnehin glaubt. Die Überzeugung, daß auch bei uns zu Lande im privaten und öffentlichen Leben eine sehr bedenkliche Korruption eingerissen sei, ist allgemein, und der Streit zwischen seinen Feinden und Anhängern dreht sich eigentlich nur um die Frage, ob er recht gethan habe, diese Sachen zur Sprache zu bringen. Seine Feinde machen ihm mit Recht den Vorwurf, daß er nicht hinreichend zwischen dem, was für ihn subjektiv wahr ist, und was er objektiv beweisen kann, zu unterscheiden wisse. Aber sehr viel von dem, was er behauptet hat, ohne es zu beweisen, ist auch für die Massen subjektiv wahr. Sie kümmern sich nicht um die Spitzfindigkeiten juristischer Beweisführung, sondern greifen auf ihre eignen Lebenserfahrungen zurück und sagen sich: Ja, so geht es heute bei uns zu, die Sache wird schon stimmen. Daß sich jemand findet, der es wagt, offen auszusprechen, was sie jahrelang geflüstert haben, gefällt ihnen an dem Mann; zeigt er doch Aufrichtigkeit und Mut. Wenn sie glaubten, daß er seine Enthüllungen in selbstsüchtiger Absicht machte, würden sie freilich kühl bleiben, aber sie glauben an seine Ehrlichkeit, und hierbei kommen nun gerade Ahlwardts persönliche Eigenschaften mit in Betracht. Er ist eben mit all seinen Fehlern und Schwächen, aber auch mit seinem gesunden Menschenverstande und schlagfertigen Mutterwitz ganz ein Mann aus dem Mittelstande. Die Leute sehen und hören es ihm an, auch wenn sie es nicht ohnehin wüßten, daß er selbst alle Sorgen des kleinen Mannes durchgekostet hat, daß er aus eigener Erfahrung spricht, wenn er das Treiben der proletarisirenden Mächte schildert. Darum glauben sie, daß er es ehrlich mit ihnen meine. Solche Männer hebt das Volk auf den Schild, wenn es sich verlassen fühlt, wenn es das Vertrauen zu seinen berufenen Führern verloren hat. Schlimm genug, daß es dahin gekommen ist, aber man kann die Thatsache durch Naserümpfen über den Rektor aller Deutschen nicht aus der Welt schaffen. Wer den Ahlwardtismus (mit oder ohne Ahlwardt) bekämpfen will, der helfe das öffentliche Vertrauen wieder herstellen. Es giebt kein andres Mittel dagegen.

Heute, nachdem er wieder eine fünfmonatige Strafe verbüßt hat, steht Ahlwardt womöglich noch stärker da als früher. Für die, die ihm auch seine unbewiesenen Beschuldigungen glauben und meinen, daß ihm nur leider die Fäulniß zu schlaue gewesen seien, ist er der politische Märtyrer. Für viele, die seine unüberlegten Anklagen mißbilligen, ist sein Verschulden durch die verbüßte Strafe gesühnt. Es ist ganz ausgeschlossen, daß sich etwa die „norddeutsche Vereinigung“ von ihm lossagen könnte, denn er ist ihr erfolgreichster Agitator, ihm verdankt sie die beiden Reichstagsmandate, die sie errungen hat, und sie würde sich dem im Volksbewußtsein sehr schwer wiegenden Vorwurf schändlichen Undanks aussetzen, wenn sie ihn fallen ließe. Aber sie wird alles

aufbieten müssen, um ihn von weiteren Geniestreichen abzuhalten. Es ist wohl anzunehmen, daß er den besten Willen hat, sich besonnener Führung unterzuordnen, aber ob er es auch kann, erscheint fraglich.

Überhaupt wird gerade die Berliner Spielart des Antisemitismus eine sehr feste Hand nötig haben, wenn sie es vorwärts bringen will, denn hier hängt sich ganz heillofes Gefindel an die Bewegung und wird von der Urteilslosigkeit ihrer Anhänger oft jahrelang geduldet. Die im jüdischen Interesse schreibenden Zeitungen haben nicht so Unrecht, wenn sie diese Gefellen und ihre Anhänger Kaduantisemiten nennen. Freilich vergessen sie zu erwähnen, daß man diese Spielart nur in Berlin trifft, und daß sie auch dort nur einen kleinen, freilich sehr aufdringlichen Teil der Bewegung bildet. Man darf sich über die Bergeßlichkeit kaum wundern, ist doch der Hinweis auf die Auswüchse der Berliner Bewegung vortrefflich geeignet, reinlichkeitsliebende Leute vom Antisemitismus zurückzuschrecken, auch wenn sie sonst der Sache gar nicht so abgeneigt wären.

Solcher verschämten Antisemiten, die man füglich die Irregulären der Partei nennen könnte, giebt es sehr viele, besonders in den Kreisen des gebildeten Mittelstandes, und sie haben sogar schon ihre eigne Zeitung, die „Tägliche Rundschau.“ Diese wurde bekanntlich vor Jahren als parteiloses Blatt mit dem Leitspruch „die Politik verdirbt den Charakter“ gegründet, trat aber im Oktober 1892 offen zum Antisemitismus über, und oberflächliche Beobachter haben gemeint, sie sei damit ihren ursprünglichen Grundsätzen untreu geworden. Sehr mit Unrecht. Denn die Männer, die vor elf Jahren nach einer parteilosen Zeitung griffen, das waren jene schärfer blickenden Elemente, die die innere Haltlosigkeit der alten Parteien schon damals erkannten, und die sich schon damals von der zunehmenden Verjudung der liberalen Presse angeekelt fühlten. Es ist nur natürlich, daß sie die Anfänge einer neuen Parteilbildung, die den wirklichen Volksbedürfnissen gerecht zu werden und sich von jüdischer Bevormundung frei zu halten verspricht, mit Wohlwollen begrüßen, und daß ihre Zeitung darnach Stellung nimmt. Parteilos bleibt dabei die „Tägliche Rundschau“ übrigens immer noch, denn sie schließt sich keiner der Einzelgruppen an und sagt deren Führern oft recht bittere Wahrheiten.

Es hat sich zwischen der Leitung dieses Blattes und seinem Leserkreis seit dem Übertritt zum Antisemitismus ein außerordentlich inniges Verhältnis gebildet, das in seiner Art einzig dastehen dürfte. Es sieht ganz so aus, als wenn sich hier die Keime einer neuen Organisation bildeten,*) und dann hätten

*) Zusatz bei der Korrektur: Diese Vermutung ist unerwartet schnell bestätigt worden. Seit sie niedergeschrieben wurde, hat Friedrich Lange, der Herausgeber der Rundschau, seine Gefinnungsgenossen aufgefordert, sich zu einem „Deutschbund“ zusammenzuschließen, der weder ein neuer Verein noch eine neue Partei sein soll. (Zgl. Rundschau vom 1. April.) Was denn aber sonst?

wir die fünfte antisemitische Gruppe. Der Antisemitismus der Täglichen Rundschau unterscheidet sich in der Art, wie er vorgetragen wird, aber nicht in der Sache etwas von dem der andern Gruppen. Die wirtschaftlichen Fragen treten mehr zurück, der Kampf gegen das Judentum mehr in den Vordergrund, und er wird hauptsächlich vom Standpunkt des deutschen Volksgefühls, des „Deutschbewußtseins“ aus geführt. Das entspricht eben der sozialen Stellung der Leser, die als Angehörige des akademisch gebildeten Mittelstandes und des Offizierkorps den Druck der wirtschaftlichen Not nicht so unmittelbar empfinden, wie der Handwerker und der Bauer. Die Leiter der „Täglichen Rundschau“ haben aber die Absicht, sich nunmehr auch an den kleinen Mann zu wenden: sie gehen damit um, eine billige Volkszeitung antisemitischer Richtung herauszugeben, in der ausgesprochenen Absicht, die billigen Judenblätter, wie beispielsweise die Wossische Morgenzeitung, zu verdrängen. Wie die Dinge liegen, werden sie dabei von den über ganz Deutschland verbreiteten Lesern der „Täglichen Rundschau“ wohl kräftig unterstützt werden.

Hiermit wären die hauptsächlichsten Gruppen der Bewegung aufgezählt. Aber noch lange nicht alle. In Baiern haben sich die Antisemiten vorläufig als selbständige „antisemitische Volkspartei“ organisiert. Es scheint, daß man dort an der Bewilligung der Militärvorlage durch die antisemitischen Abgeordneten Anstoß genommen hat. Auch in Württemberg hat der Antisemitismus im vorigen Jahre stark partikularistisch geschillert, neuerdings hat man sich wieder den badischen Deutsch-Sozialen genähert, will aber die „bisherige selbständige Stellung“ auch in Zukunft beibehalten. Die Bilder wechseln eben noch fort und fort, wie im Kaleidoskop.

Auch Anläufe, eine spezifisch Dühringsche Richtung des Antisemitismus ins politische Leben einzuführen, werden bald hier bald dort von den Sängern des streitbaren Gelehrten gemacht. Diese Bestrebungen haben von allen wohl die geringsten Ausichten auf Erfolg: das in den Kreisen der Dühringianer übliche Schwören auf die Worte des Meisters, ihr unverkennbarer Hang zur Dogmenbildung, machen die ganze Richtung unfähig, auf deutschem Boden volkstümlich zu wirken.

